

Ein anderes Europa schaffen!

Vorschläge für ein soziales, ökologisches und demokratisches Europa

Veranstaltung von Attac gemeinsam mit Arbeiterkammer Wien, Österreichischer Gewerkschaftsbund, Gewerkschaft der Privatangestellten, Rennerinstitut der SPÖ u. a.

Ich spreche für die Initiative "Global Marshall Plan für eine weltweite Ökosoziale Marktwirtschaft". Wir haben unsere Initiative im Mai 2003 gestartet und sie mit der "Stuttgarter Erklärung" vom 11. Oktober 2003 erstmals der Öffentlichkeit präsentiert. In dieser Erklärung heißt es: *"Das erfolgreiche europäische Modell der Ökosozialen Marktwirtschaft, welches sich in den Grundzügen in den Programmen sowohl von konservativen wie auch sozialdemokratischen, liberalen oder grünen Parteien in Europa wiederfindet, ist ein glaubwürdiges Konzept und könnte als Vorbild für die Rahmenbedingungen eines neuen globalen Miteinander dienen. Eine europäische Initiative für einen Global Marshall Plan zur weltweiten Förderung dieses Erfolgsmodells wäre zweifelsohne ein historischer Schritt, der das Ansehen und den Erfolg Europas auf Jahrzehnte hinaus sichern kann.*

Wir fordern daher die Einrichtung eines Beratungsgremiums der Europäischen Union zur Entwicklung eines ökosozialen Globalen Marshall Plans."

Trotz intensiver Gespräche mit Vertretern der EU-Kommission ist es zu diesem formalen Schritt leider nicht gekommen, obwohl sich im Dokument zur Entwicklungsstrategie der EU viele unserer Punkte wiederfinden.

Hätte die EU-Kommission unsere Anregungen im Jahr 2004 aufgegriffen, wäre die EU im Herbst 2008 nach Ausbruch der weltweiten Finanzkrise als globaler Akteur viel besser dagestanden.

Die Ereignisse seit dem Herbst 2008 haben uns allerdings deutlich gezeigt, wie wichtig der Euroraum für die Stabilität unserer Währungen und wie wichtig der gemeinsame Binnenmarkt für die Dynamik unserer Wirtschaft ist. Nicht ohne Grund drängen nun verschiedene Staaten in die EU beziehungsweise wollen den Euro als Währung übernehmen.

Wenn wir über die europäische Integration, ihre Mängel und notwendige Verbesserungen diskutieren, dann sollten wir uns auch in Erinnerung rufen, welch Segen dieser Integrationsprozess für Europa insgesamt ist. Denn das wichtigste Gut dieses Einigungsprozesses lautet Friedenssicherung und Vermeidung von Krieg. Es ist ein erstmaliges Phänomen in der europäischen Geschichte, dass nun bereits eine zweite Generation West- und Mitteleuropa ohne Krieg erleben darf.

Angesichts der nun schon mehr als ein Jahr andauernden Aufhetzungskampagne der "Kronen Zeitung" und der hemmungslosen Demagogie gegen die EU durch Strache und Co. ist es notwendig, immer wieder auf das wichtigste Anliegen der europäischen Integration, nämlich die Sicherung des Friedens, hinzuweisen. Das wiegt viel mehr als alle Ärgernisse und Problemchen, die wir mit "Brüssel" haben mögen.

Die Geschichte des europäischen Einigungsprozesses seit 1950 ist eine Geschichte der Krisen: Von der "Politik des leeren Stuhls" durch Charles de Gaulle in den 1960er-Jahren über die

"Eurosklrose" in den späten 1970er-Jahren bis zu den gegenwärtigen Troubles mit dem tschechischen EU-Vorsitz und dem möglichen Scheitern des Verfassungsvertrages von Lissabon reichen die Probleme. Bisher ist der europäische Einigungsprozess aber aus jeder Krise letztlich gestärkt hervorgegangen!

Hauptursachen für die Krise

Was die derzeitigen Schwierigkeiten und die momentane Krise in der EU anlangt, sehe ich zwei Hauptursachen:

1. Eine allzu starke Dominanz nationalstaatlicher Egoismen.

Was "Brüssel" vorgeworfen wird, hat seine Ursache sehr oft in der Unfähigkeit nationalstaatlicher Regierungen, sich zu großen gemeinsamen Wurfen durchzuringen beziehungsweise in den Entscheidungsprozessen Fehlentscheidungen zu verhindern. Denn was in seinen Auswirkungen oft kritisiert und beklagt wird, ist vorher meistens unter Zustimmung aller Mitgliedstaaten beschlossen worden.

Eine positive Ausnahme war die zweite Hälfte der 1980er-Jahre, als mit Präsident Francois Mitterand, Bundeskanzler Helmut Kohl und Kommissionspräsident Jaques Delors drei Männer die Entwicklungen in der EG beziehungsweise EU gestaltet haben, denen es vorrangig um den großen gemeinsamen Wurf des europäischen Integrationsprozesses ging. Dieser Phase verdanken wir die großen Errungenschaften des Gemeinsamen Wirtschaftsraumes, des Euro, der Aufhebung staatlicher Grenzen durch das Schengen-Abkommen, die Gemeinsame Außen- und Sicherheitspolitik sowie die Entscheidung für den Erweiterungsprozess um die ehemals kommunistischen mittel- und osteuropäischen Staaten. Seither dominieren wieder die Kleinkrämerei und der einzelstaatliche Egoismus.

2. Weltweites Diktat einer falschen Ideologie

Das noch viel gravierendere Problem sehe ich in einer Art "geistiger Pandemie" einer falschen Ideologie seit dem Beginn der 1990er-Jahre. Ich meine damit die weltweite Dominanz eines einseitigen Marktfundamentalismus und eine von Kapitalinteressen und Profitgier getriebene Globalisierung. Bezeichnend die Eigendefinition durch einen der geistigen Väter dieses Marktfundamentalismus, Milton Friedman: *"Die soziale Verantwortung von Managern ist Profitmaximierung für die Aktionäre."*

Diese weltumspannende unfaire Gestaltung von Globalisierung ist das eigentliche Problem, sie führt zur Verlagerung der Produktion zu den Standorten mit geringsten Löhnen, schlechtesten Sozialsystemen und fehlenden Umweltstandards. Das führte auch bei uns zum Verlust von Arbeitsplätzen, zu sinkenden Löhnen und zu einer Erosion unserer Sozialsysteme. In der öffentlichen Wahrnehmung werden diese Fehlentwicklungen meistens allerdings nicht einer unfair gestalteten Globalisierung, sondern der EU angelastet. Die EU ist der Prügelknabe.

Allerdings ist die EU daran zum Teil auch selbst schuld: Sie ist manchen der Fehlentwicklungen auf globaler Ebene nicht energisch genug entgegengetreten, hat zum Teil selbst mitgespielt und tritt selbst als aggressiver Akteur im globalen Wettbewerb auf.

In der Wahrnehmung vieler Bürger wird der Verlust an sozialer Wärme und die Aushöhlung der Sozialen Marktwirtschaft in erster Linie der EU angelastet. Die EU wird nicht als Schutz vor der Brutalität einer globalen profitgetriebenen Ökonomie empfunden. Dieser Eindruck wird durch die bereits angesprochene verantwortungslose Demagogie und Verhetzung seitens einzelner Medien und politischer Akteure noch verstärkt.

Ansatzpunkte für ein „anderes Europa“:

Wir brauchen tiefgreifende Veränderungen im Hinblick auf die inneren Strukturen und die Entscheidungsprozesse in der EU, die weit über den derzeit vorliegenden Lissabon-Vertrag hinausgehen.

Dazu einige Stichworte:

1. Wir brauchen eine EU der gelebten SUBSIDIARITÄT!

In der gegenwärtigen EU ist das Subsidiaritätsprinzip sehr oft auf den Kopf gestellt: Einerseits werden wir durch immer mehr praxisferne zentralistische Regelungen in kleinsten Details des täglichen Lebens verärgert, andererseits fehlt es an gemeinsamen europäischen Rahmenbedingungen, wo die einzelnen Nationalstaaten überfordert sind:

Gerechte und vergleichbare Steuersysteme, fairer Wettbewerb, europäische und globale Regelungen gegen die Übermacht von Kartellen und Monopolen.

Im Grunde geht es um den Schutz vor Existenz- und Jobverlust; es geht um den Schutz für Arbeitnehmer und mittelständische Unternehmen vor einem unfairen globalen Wettbewerb.

Was wir brauchen, ist daher eine starke, parlamentarisch verfasste EU mit nachvollziehbaren demokratischen Entscheidungsprozessen, welche der Wirtschaft einen fairen Ordnungsrahmen vorgibt und als starker globaler Akteur einen Schutzschild gegen die negativen Auswirkungen einer unfairen Globalisierung bildet. Der Lissabonvertrag wäre ein zwar unzureichender, aber kleiner Schritt in die richtige Richtung.

2. Europäisches Wirtschafts- und Sozialmodell

Wir brauchen eine EU, die das europäische Gesellschafts-, Wirtschafts- und Sozialmodell lebt und verteidigt!

Die derzeit dominierende Einseitigkeit des Liberalisierungswahns gehört korrigiert. Am Beispiel der nun beklagten negativen Auswirkungen der Postliberalisierung sollten wir erkennen, dass es den Mut erfordert, einmal getroffene und als falsch erkannte Entscheidungen auf EU-Ebene zu revidieren!

Positive Markenzeichen "unseres" Europa waren Soziale Marktwirtschaft, Partnerschaft, Balance zwischen Belangen der Wirtschaft, des Sozialen und der Ökologie, was insgesamt einen "Mehrwert" an Lebensqualität ermöglichte.

Eine starke EU, die engagiert für soziale Rechte und globale Fairness kämpft, könnte die Herzen der Bürger gewinnen und gleichzeitig weltweit einen wichtigen Impuls in Richtung einer zukunftsfähigen Entwicklung setzen.

3. Erneuerung der EU von innen her

Wenn wir eine andere, eine "bessere" EU wollen, dann müssen wir uns fragen, wie wir die EU von innen her verändern können. Für mich drängen sich vorrangig folgende Möglichkeiten auf:

- positiver Druck seitens der Zivilgesellschaft auf Regierungen und Parlamente in den Mitgliedstaaten
- Einflussnahme auf Abgeordnete im Europäischen Parlament
- Entwicklung einer gemeinsamen Achse zwischen Vertretern der Arbeitnehmer und der mittelständischen Wirtschaft sowohl auf Ebene der EU wie auch weltweit.
- Europaweite Initiativen der Zivilgesellschaft durch Bündelung all jener Kräfte, denen es um mehr Demokratie, mehr soziale Rechte, ökologische Nachhaltigkeit und ein tolerantes Miteinander unterschiedlicher Kulturen und Religionen geht.

Das Ziel: Die EU sollte in die Lage versetzt werden, weltweit als glaubwürdiger und entschlossener Akteur für eine gerechtere Gestaltung des Zusammenlebens einer großen Menschheitsfamilie aufzutreten. Dafür müssen sowohl auf europäischer wie auch auf globaler Ebene geeignete Strukturen geschaffen werden.

Die EU ist derzeit weltweit gesehen das einzige Modell, in dem freiwillig und auf demokratischem Weg ein Miteinander unterschiedlicher Staaten, Nationalitäten, Kulturen und Religionen möglich ist. In dieser positiven Beispielwirkung liegt eine große Chance, aber auch eine große Verantwortung.

4. Weltweite Ökosoziale Marktwirtschaft als Modell

Mit der Gründung der Initiative "Global Marshall Plan für eine weltweite Ökosoziale Marktwirtschaft" im Jahr 2003 haben wir aus der europäischen Zivilgesellschaft heraus einen möglichen Weg für eine friedensfähige und zukunftsfähige globale Entwicklung vorgeschlagen:

Das Modell beruht auf den Erfahrungen des EU-Kohäsionsprinzips - das heißt, dem Ausgleich zwischen ärmeren und reicheren Regionen - und den Erfahrungen aus dem EU-Erweiterungsprozess - der Übernahme gemeinsamer Rechtsstandards, aber gekoppelt mit Kofinanzierung.

Das ist der Kerngedanke unserer Global Marshall Plan Initiative. Als globale Strategie bedeutet dies:

- a) Großzügige Investitionen in Entwicklungspartnerschaft als effizienteste Friedensstrategie. Als ersten Schritt geht es um die Finanzierung der UNO-Millennium-Entwicklungsziele durch Realisierung des "0,7 Prozent-Zieles" seitens der reicheren Länder und die Einführung globaler Abgaben, z.B. auf Kapitaltransfers.
- b) Gleichzeitig Durchsetzung weltweit verpflichtender Sozial- und Umweltstandards sowie der notwendigen Spielregeln für einen fairen Wettbewerb in allen dafür in Frage kommenden globalen Institutionen und Vereinbarungen.

5. "5-Punkte-Sofortprogramm"

Angesichts der aktuellen Dramatik als Folge der weltweiten Wirtschafts- und Finanzkrise ist die Politik herausgefordert, das Heft des Handelns durch ein international abgestimmtes Agieren endlich wieder in die Hand zu nehmen. Vorrangig wären aus meiner Sicht folgende fünf Punkte für eine weltweite gemeinsame Strategie der Staatengemeinschaft, wofür die "G-20" zur Vorbereitung positive Impulse setzen könnten:

- a) rasche Durchsetzung wirksamer Regeln und Kontrollen für die weltweiten Finanzmärkte;
- b) Verbote zerstörerischer Spekulationen in den Bereichen Finanzmärkte, Nahrungsmittel, Energie und Rohstoffe;
- c) rasche Durchsetzung einer weltweiten Abgabe auf Kapitaltransfers;
- d) rasches "Austrocknen" aller Steueroasen als Fluchtpunkte für Steuerhinterziehung, Bilanzfälschung und Geldwäsche;
- e) nach Beendigung der WTO-Doha-Runde rascher Start einer neuen Verhandlungsrunde mit den Schwerpunkten Sozial- und Umweltstandards, faire Handelsbedingungen für Entwicklungsländer sowie transparente Entscheidungsprozesse.

„Die EU sollte eine entschlossene Vorreiterrolle für die Verhandlung und Durchführung wichtiger Initiativen in den Bereichen der nachhaltigen Entwicklung, Armutsbekämpfung und internationalen Sicherheit übernehmen.“ (Mitteilung der Europäischen Kommission zur Kooperation mit den Vereinten Nationen)